

Deutschland in Atemnot!

Einer Demokratie, welcher eine aktive und handlungsfähige Opposition abhanden kommt, erleidet über kurz oder lang Atemstillstand.

Darauf folgt der zivile und rechtsstaatliche Exitus aller humanistisch-abendländischen Traditionen. Übrig bleibt ein populistischer und autoritärer Kadaver - in der jüngsten Deutschen Geschichte zu besichtigen. Niemand darf das mehr wollen!

Bei den Großdemonstrationen am 1.11.2003 und am 3.04.2004 forderten viele Hunderttausende Menschen von den politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen eine Abkehr von Ignoranz, Selbstgefälligkeit und Menschenverachtung.

Diese Protestbewegung, die ein breites Spektrum gesellschaftlicher Gruppen, Organisationen und Meinungen versammelte, war und ist die einzige angemessene und ernstzunehmende Opposition in der derzeit problematischen innenpolitischen Situation in unserem Land.

Diese Form der Einflussnahme auf die Tagespolitik der vermachteten Ministerialbürokratie und Lobbyisten ist, will sie erfolgreich sein, zur Anwesenheit verpflichtet.

Der Ort der Verhandlung ist die Straße. Die Fortführungen der Demonstrationen im großen Stil scheint dringend geboten. Anstatt nun einen offenen Diskurs über die entstehenden Probleme beim neoliberalen Umbau der Gesellschaft zu wagen, antworten die Regierungsverantwortlichen mit einer unseligen Diffamierungskampagne und Fortführung der Politik des Sozialabbaus.

Zwei Szenarien der außerparlamentarischen Auseinandersetzungen sind denkbar:

Einerseits kann die vermeintliche Erfolglosigkeit der stattgefundenen Demonstrationen zu Resignation und Apathie im Umkreis der Protestwilligen führen, welches längerfristig der Mobilisierungsbereitschaft schadet. Menschen werden ihre Enttäuschungen individualisieren, statt sie zu vergesellschaften. Übrig bleibt ein sich mit Selbstvorwürfen quälender apolitischer Bürger. Amerika lässt grüßen!

Andererseits könnte sich durch Fortführung der Straßenproteste die Kultur des Widerstandes verfestigen und den außerparlamentarischen Druck auf Regierungsverantwortliche dauerhaft erhöhen.

Nachfolgende Demonstrationen sollten in einem zeitlichen Erinnerungszusammenhang mit den stattgefundenen Großdemonstrationen stehen, sowohl aus vorher genannten Gründen, wie auch zur Unterstreichung der Ernst- und Dauerhaftigkeit des politischen Dissenses.

Insbesondere ist Demonstration vom 1.11. 2003 in Berlin hervorzuheben.

Hier gelang die Wiedergeburt einer Protestkultur, die sich nicht in die Umfriedung eines machtpolitischen akzeptierten Kontrollraumes begab. Sie war der Ausgangspunkt vieler Diskussionen über das Land, das wir wollen.

Die darauf folgenden nervösen und unsachlichen Reaktionen vieler Platzhirsche in Parteien und Verbänden haben es bewiesen - es wurde vieles richtig gemacht.

Eine in diesem Jahr im Herbst stattfindende Großdemonstration in Berlin scheint dringend angeraten. Lasst sie uns zeitgleich zur geplanten Protestkundgebung in Nürnberg in Berlin am 06.11 organisieren! Treffpunkt Brandenburger Tor mit anschließendem Marsch zum Kanzleramt.

Dresden, den 18.07.2004

Initiative - Aufbruch in eine friedliche und lebenswerte Gesellschaft